Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 16 (1936-1937)
Heft: 12

Rubrik: Dokumente unserer Zeit

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

nischen Handel zu erobern. Zu erobern, um Rohstoffe zu sichern, damit man den würgenden Preisen der ausländischen Lieferanten entgehen kann und um Absatz zu finden für die mächtigen industriellen Warenberge. Außerdem müssen Unterkunftsmöglichkeiten für die Unmenge von brotlosen Bauern und Arbeitern, nicht zuletzt auch für Zehntausende von Soldaten und Beamten geschaffen werden.

Diese Wünsche waren nun freilich von jeher vorhanden. Ihre Dringlichkeit aber wird durch die totale Verarmung der Bauern, dann durch die unausrottbare Arbeitslosigkeit und schließlich durch die wieder beängstigend trübe gewordenen Aussichten des Außenhandels nachhaltig verschärft. Diese Mißlichkeiten, deren weitere Verschlimmerung unter sotanen Umständen unausbleiblich ist, bedrohen den Lebensfaden des modern-feudalen Staates, gefährden die Herrlichkeit der alten Aristokratie wie der neuen Kapitalistenschaft. Daß in dieser Hinsicht Optimismus wenig angebracht ist, bezeugen allerhand Vorkommnisse. Nicht nur, daß sich die Stimmenzahl der sozialen Massenpartei erstaunlich stark vermehrt hat, die »gefährlichen Gedanken«, was immer man darunter versteht, erfassen die Bauern, Kleinbürger und Arbeiter dermaßen, daß die Polizei alle Hände voll zu tun hat. Was die unzufriedenen, rumorenden Schichten wünschen, fordern, ist noch recht bescheiden und nebelhaft, noch zu stark von asiatisch-feudalen Gedanken durchwirkt. Immerhin, im Stamme des Volkes wächst die Unruhe, die Gärung, die Unrast. Und die »hohe Mission« Japans wird offenbar nur deswegen so laut und nachhaltig verkündet, um den grollenden Achéron zu besänftigen, um ihn nach außen abzulenken auf die Luftschlösser, die außerhalb Japans mit dem Säbel erobert oder errichtet werden sollen.

Der Säbel ist indessen ein höchst ungeeignetes Werkzeug, den Wohlstand eines Volkes zu zimmern. Er vernichtet den Wohlstand vollends und schneidet in den Leib des Volkes. Von Japan dürfte das jetzt aufs neue und höchst drastisch bewiesen werden. Die Tatbeweise werden nicht lange auf sich warten lassen.

Dokumente unserer Zeit

Richtlinien für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Sicherung der Demokratie.

Schwere Gefahren bedrohen die Schweiz, Gefahren wirtschaftlicher und politischer Natur.

Seit fünf Jahren zermürbt eine wirtschaftliche Krise unser Land. Die bisherige Wirtschaftspolitik war außerstande, ihr wirksam zu begegnen. Sie hat sogar wesentlich zur Verschärfung der Krise beigetragen. In den meisten andern Ländern entwickelt sich das Wirtschaftsleben schon seit einigen Jahren in aufsteigender Linie, in der Schweiz befand es sich dagegen fortwährend im Niedergang. Es ist heute kaum ein Zweifel mehr möglich, daß die falsche Wirtschaftspolitik bisher verhindert hat, daß die Schweiz den Anschluß an die aufsteigende Weltwirtschaft finden konnte. Die Abwertung des Schweizerfrankens, zu der der Bundesrat nach vielen Jahren

der Deflation gezwungen war, kann bei Fortsetzung des bisherigen Wirtschaftskurses die wirtschaftlichen Gefahren noch vergrößern. Sie eröffnet aber Möglichkeiten einer aufsteigenden Wirtschaftsentwicklung wie noch nie seit 1929, wenn sofort eine zielbewußte Politik des wirtschaftlichen Wiederaufbaus einsetzt.

Nicht weniger groß sind die politischen Gefahren. Die Abbaupolitik, die unter dem Druck der großkapitalistischen Kreise getrieben wurde, hat die Behörden in Gegensatz gebracht zur Volksmehrheit, die von der Deflation nichts wissen will. Die Bundesbehörden haben jetzt eine seltene Gelegenheit, das geschwundene Vertrauen wiederzugewinnen.

Dazu kommt, daß Kräfte am Werk sind, um die politischen Gegensätze zu verschärfen, den Einfluß der extremsten Gruppen zu stärken und dadurch eine Verständigung der breiten Volksmassen zu verhindern. Auch daraus ergeben sich ernste Gefahren für unsere Demokratie.

Die Schweiz kann diese Gefahren nur überwinden durch eine Neuorientierung der gesamten Politik. Alle aufbauwilligen Kräfte müssen zusammenstehen und unter Hintanstellung von Sonderinteressen sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden. Parteipolitische und weltanschauliche Schranken müssen überbrückt werden im Interesse des Volksganzen.

Die Schweiz hat ihre eigenen Probleme, die einer eigenen schweizerischen Lösung rufen. Eine Nachahmung irgendwelcher ausländischer Vorbilder kommt nicht in Frage. Auch muß über die Einstellung zu den wichtigsten politischen Problemen volle Klarheit herrschen.

Aus diesen Ueberlegungen wurden nachstehende Richtlinien aufgestellt für die künftige Gestaltung der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik unseres Landes.

Folgende Grundsätze müssen die unverrückbare Grundlage bilden für eine Neuorientierung der Politik, zu der sich alle Verbände, Parteien und Gruppen, die im Rahmen dieses Programms mitarbeiten wollen, bekennen müssen:

1. Vorbehaltlose Anerkennung der Demokratie; Ablehnung jeder Bindung oder Zusammenarbeit mit irgendeiner antidemokratischen Organisation oder Bewegung.
2. Positive Einstellung zur militärischen, wirtschaftlichen und geistigen Landesverteidigung.
3. Achtung der religiösen Ueberzeugung der Volksgenossen als Voraussetzung des religiösen Friedens in der Heimat.
4. Verpflichtung auf ein gemeinsames Programm für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und für die Lösung der sozialen Probleme, das die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und nach gegenseitiger Solidarität im Wirtschaftsleben zu verwirklichen sucht, ohne die eine wahre Volksgemeinschaft nicht bestehen kann.

Unser Ziel.

Das zunächst gelegene Ziel ist die Ueberwindung der Krise als der einen großen Voraussetzung zur Erhaltung der Demokratie.

Das bedeutet: *Arbeit und Brot für alle.* Zur Verwirklichung dieses Zieles ist notwendig die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten und ausreichenden Lebensbedingungen für alle Kreise des arbeitenden Volkes, die Lösung des Ueberschuldungsproblems, die Ueberwindung der Schwierigkeiten auf dem Kapitalmarkte und im Bankwesen. Die staatlichen Hilfsmaßnahmen sollen hierbei nicht Selbstzweck sein, sondern zum Ziel haben, sich nach und nach überflüssig zu machen.

Das weitergesteckte Ziel ist die Ausnützung und der Ausbau der vorhandenen Produktionsmöglichkeiten, um das ganze Volk reicher mit den lebensnotwendigen Gütern zu versorgen und allen einen gerechten Anteil am Gesamtertrag der Volkswirtschaft zu gewähren.

Die ganze Wirtschafts-, aber auch die Finanz- und Sozialpolitik des Staates, müssen in den Dienst dieser Ziele gestellt werden.

Die einzelnen Aufgaben.

1. Wirtschaftspolitik.

Die erste Aufgabe ist die sofortige Beendigung der Deflation in allen Teilen der Wirtschaft. Zu diesem Zweck ist jeder weitere Preisabbau, soweit nicht übernormale Gewinne ihn rechtfertigen, und jeder weitere Lohnabbau zu verhindern. Nach der Wechselkurssenkung hat ja die Deflation auch nach der Begründung ihrer bisherigen Befürworter jeden Sinn verloren. Die maßgebenden Behörden müssen offiziell erklären, daß sie den allgemeinen Preis- und Lohnabbau bekämpfen mit den in ihrer Macht liegenden Mitteln.

Für die nächsten Jahre muß eine langsame Steigerung der Preise und Löhne angestrebt werden, damit die unheilvolle Aufwertung der Schulden einigermaßen korrigiert werden kann. Dabei soll die Preisschere, die in den letzten Jahren zwischen Großhandels- und Kleinhandelspreisen entstanden ist, sich wieder einigermaßen schließen, indem die letzteren nicht im gleichen Verhältnis steigen dürfen wie die Engrospreise.

Die *Löhne* der Arbeitnehmer dürfen nicht weiter verkürzt werden, sondern sind allmählich wieder zu erhöhen, wobei die Ungerechtigkeiten, die beim Abbau entstanden sind, ausgeglichen werden sollen. Eine Preissteigerung auf Kosten des Reallohnes hätte deflatorische Wirkung und würde zu einer weiteren Schrumpfung der Produktion statt zu ihrer Ausweitung führen. Der Reallohn der gesamten Arbeiterschaft muß außerdem durch Verminderung der Arbeitslosigkeit gesteigert werden.

Eine *Kartell- und Trustgesetzgebung* muß die breiten Massen des Volkes, besonders auch das Gewerbe und den Kleinhandel, vor Uebervorteilung und Gefährdung durch großkapitalistische Organisationen schützen.

Die *Handels- und Gewerbefreiheit* ist zu beschränken, wo sie die Lebensrechte der sozial Schwachen und die Verteidigungskraft der Volkwirtschaft gefährdet. Eine klare, verfassungsrechtliche Grundlage muß dem Staate das Recht gewähren, im Sinne des sozialen Ausgleichs ordnend in die Wirtschaft einzugreifen.

Arbeitsbeschaffung, Hilfe für Export und Fremdenverkehr: Im Interesse der Wirtschaft und um den demoralisierenden Folgen der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, müssen möglichst viele Arbeitslose wieder in den normalen Produktionsprozeß eingeschaltet werden. Das soll geschehen durch:

a) Förderung der Ausfuhr (Kredithilfe, organisatorische Maßnahmen, wie Exportzentralen usw.) und des Fremdenverkehrs;
b) öffentliche Arbeiten und Förderung der privaten Arbeitsbeschaffung für das Inlandgewerbe; der Bund soll, in Verbindung mit Kantonen und Gemeinden, einen Arbeitsbeschaffungsplan aufstellen, um auf allen Gebieten systematisch alle Arbeitsmöglichkeiten auszuschöpfen und um durch die Mannigfaltigkeit der Aufträge in möglichst vielen Berufen Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

Für die *Landwirtschaft* bilden Einkommensvermehrung und Stärkung der Kaufkraft im Inlande, Schutz der einheimischen Arbeit und ihres Ertrages, eine gerechte Zins- und Preispolitik neben den exportfördernden Maßnahmen

die wichtigsten Mittel, um die oben erwähnten allgemeinen Ziele zu erreichen. Bis zu deren Verwirklichung sind die Stützungsaktionen des Staates fortzusetzen. Der Boden ist der Spekulation zu entziehen und als Privateigentum des Bauern zu sichern.

Durch Zinshilfe und Entschuldung ist den stark verschuldeten Teilen der Landwirtschaft sowie denen des Gewerbes rasche und wirksame Hilfe zu bringen.

2. Kredit- und Währungspolitik.

Das allgemeine Ziel ist eine genügende Kapitalversorgung für alle gerechtfertigten Bedürfnisse der schweizerischen Volkswirtschaft zu einem stabilen niedrigen Zins. Soweit ein allfälliger Kapitalüberschuß ohne Benachteiligung der eigenen Volkswirtschaft exportiert werden kann, muß er in den Dienst der einheimischen Arbeit gestellt werden. In diesem Sinne ist der Kapitalmarkt zu beeinflussen, zu organisieren und der Kapitalexport zu kontrollieren.

Die nächste Aufgabe ist die Auflockerung des Kapitalmarktes und die Rückführung der thesaurierten Kapitalien in die Wirtschaft. Das wird nur erreicht, wenn durch Beendigung der Deflation und durch wirksame Krisenbekämpfung das Vertrauen zur Wirtschaft wieder gehoben wird.

Die Währungspolitik hat die allgemeinen Ziele der Wirtschafts- und Kreditpolitik zu unterstützen, namentlich was die allmähliche Hebung des Preisstandes und die Verflüssigung des Kapitalmarktes anbetrifft.

3. Finanzpolitik.

Das Ziel ist die gerechte Verteilung der öffentlichen Lasten. Die Besteuerung hat nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu erfolgen. Die finanzpolitischen Maßnahmen dürfen keinen Deflationsdruck ausüben. Zu diesem Zwecke sind Steuern auf dem lebensnotwendigen Konsum zu vermeiden, ebenso soll kein übermäßiger Steuerdruck auf dem normalen Geschäftsertrag lasten.

Durch eine Steuerreform, die auf dem Wege der Vereinheitlichung der Steuergesetzgebung die Steuerhinterziehung und die interkantonale Steuerflucht zu unterbinden sucht, ist eine Erleichterung des Steuerdruckes, namentlich für die bescheidenen Vermögen und Einkommen, herbeizuführen und die Finanzierung des Finanzbedarfs, der dem Bund aus der Erfüllung seiner wirtschafts- und sozialpolitischen Aufgaben entsteht, sicherzustellen. Zur Finanzierung der Krisenpolitik sind namentlich die unter dem Schutze staatlicher Maßnahmen erzielten Monopolgewinne, ferner große Gewinne und Einkommen zu besteuern.

Die Schulden- und Zinslasten der öffentlichen Hand sind durch die bereits erwähnte Preis- und Zinspolitik zu erleichtern.

4. Sozialpolitik.

Die Sozialpolitik muß die Bestrebungen auf Erhaltung und Vermehrung der Kaufkraft der breiten Volksmassen unterstützen:

Zu diesem Zweck werden folgende Maßnahmen erstrebt:

Sicherung einer ausreichenden Arbeitslosenhilfe durch zweckmäßige und gerechte Gestaltung der Arbeitslosenversicherung und Krisenhilfe;

Ausbau der Sozialversicherung durch Schaffung der Alters- und Hinterlassenenversicherung;

Lohnschutz durch Festsetzung von Minimallöhnen in Industriezweigen mit ungenügenden Lohnverhältnissen;

Verkürzung der Arbeitszeit zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, das heißt als Maßnahme der Krisenbekämpfung;

Erhöhung des Eintrittsalters in das Erwerbsleben auf 15 Jahre.

5. Politische Postulate.

Das Vertrauen zwischen Volk und Behörden muß wiederhergestellt werden, u. a. auch durch Berücksichtigung aller wichtigen Volkskreise bei der Bestellung der Behörden und durch Säuberung der Politik von Geschäftsinteressen.

Das demokratische Mitspracherecht des Volkes ist zu erhalten und anzuwenden. Das Referendumsrecht darf durch die Bundesversammlung nur ausgeschaltet werden, wenn wirklich die zeitliche Dringlichkeit die Vornahme einer Abstimmung verunmöglicht und wo es sich nur um vorübergehende Maßnahmen handelt.

*

Ein Arbeitsausschuß, bestehend aus Vertretern der Schweizerischen Bauernheimatbewegung, des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, der Angestelltenverbände und des Verbandes evangelischer Arbeiter und Angestellter hat das vorstehende Programm ausgearbeitet und ladet alle wirtschaftlichen und politischen Organisationen sowie Einzelpersonen, die auf dem Boden dieser Grundsätze und Richtlinien stehen, zur Mitarbeit ein.

*

Freisinnige »Richtlinien«.

Am Parteitag der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz, der am Sonntag, dem 11. Juli 1937, in Olten stattfand und dessen Aufgabe darin bestand, den Vorstoß des Ministers Dr. Stucki für einen »Block der Mitte« unter Einbezug der Sozialdemokratie (siehe freisinniger Parteitag in Luzern vom 22./23. Mai 1937 in Luzern) abzuwehren, wurde einstimmig folgende von der Parteileitung vorgeschlagene Einigungsresolution zum Beschluß erhoben:

»1. Die Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz ist bereit zur Zusammenarbeit der Parteien, die sich zu unserer demokratischen Staatsauffassung und zur Landesverteidigung bekennen, auf dem Boden des Privateigentums und seiner sozialen Verpflichtung stehen, den Klassenkampf ablehnen und die Selbstverantwortlichkeit des einzelnen anerkennen.

2. Die Partei, die sich aus allen Schichten des Volkes zusammensetzt, gibt ihrer Genugtuung darüber Ausdruck, daß nun auch große Teile der sozialistischen Arbeiterschaft sich heute zu Grundprinzipien der Staatspolitik bekennen, die von unserer Partei immer hochgehalten wurden. Damit ist die Möglichkeit zu gemeinsamer Arbeit geschaffen. Indessen bedeutet diese Zusammenarbeit nicht die Preisgabe der bisherigen Verbindungen mit andern Parteien in der eidgenössischen Politik, sondern lediglich deren Erweiterung.

3. Die Geschäftsleitung wird daher beauftragt, auf Grund der in unserem Arbeitsprogramm vom 17. April 1937 enthaltenen Postulate mit den andern Parteien in Verbindung zu treten.

4. Angesichts der besondern politischen Verhältnisse in den einzelnen Landesteilen ist den kantonalen Organisationen in der Erreichung des gemeinsamen Zieles die notwendige Bewegungsfreiheit einzuräumen.

5. In der Ueberzeugung, daß die Stärke der schweizerischen Partei ein Element der Ordnung, der notwendigen Stabilität und Einigkeit des Volkes bildet, erneuern die Delegierten der kantonalen Organisationen das Gelöbnis

der unverbrüchlichen Treue zur schweizerischen Partei und ihren Idealen. Sie sind entschlossen, alles daranzusetzen, um durch Sammlung und Zusammenwirken der nationalen Kräfte unsern freien Volksstaat zu erhalten und durch weitere soziale Verbesserungen zu festigen.«

Als *Postulate*, über die die Geschäftsleitung mit den andern Parteien Fühlung zu nehmen ermächtigt werden soll, bezeichnet die Resolution die folgenden:

»1. Weiterführung des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit durch eine den Notwendigkeiten Rechnung tragende vermehrte zusätzliche Arbeitsbeschaffung und durch Anregung der Bautätigkeit;
2. fortgesetzte Ueberwachung der Preisbildung und Maßnahmen gegen ungerechtfertigte Verteuerung der Lebenshaltung;
3. Rückkehr zu vermehrter wirtschaftlicher Freiheit;
4. Ausbau der Institution des Gesamtarbeitsvertrages und des Schlichtungswesens im Arbeitsrecht;
5. Sanierung und Neuordnung der Bundesfinanzen;
6. Reform der Verkehrswirtschaft;
7. Lösung des Alkoholproblems;
8. Schaffung eines Gesetzes für die nationale Erziehung der Jugend unter Berücksichtigung der Eigenart der Kantone.«

NEUE BÜCHER

Adolf Guggenbühl, Warum nicht Schweizerdeutsch? (Schweizer-Spiegel-Verlag, Zürich, 40 Seiten.)

Seit Deutschlands Abkehr von der Weimarer Republik hat die schweizerische Deutschtümelei sichtbar abgenommen. Man meint nicht mehr, es müsse in jedem Verein und in jedem Vorstand hochdeutsch geredner werden. Diese Abkehr, die das beste Anzeichen dafür ist, wie sehr seit dem Aufkommen des nationalsozialistischen Staates das Deutschtum selbst im deutschsprachigen Ausland an Sympathien verlor, hat sich in der Schweiz durchgesetzt, ohne daß dafür von irgendeiner Seite eine besondere Propaganda ins Werk gesetzt worden wäre. Freuen wir uns darüber! Freuen wir uns auch darüber, daß diese schweizerische Abkehr nun in Adolf Guggenbühl einen recht temperamentvollen Interpreten gefunden hat, der gleichzeitig auch eine stark mitreißende Werbetätigkeit entfaltet. Daß er dabei Maß zu halten weiß, zeigt der Umstand, daß er bei aller leidenschaftlichen Vorliebe für schweizerische Mundart sein Sprachbüchlein nicht züritütsch, sondern hochdeutsch geschrieben hat. Auch wer nicht in jeder Einzelheit mit ihm einig geht, kann doch an der streitbaren Schrift gegen die Mißachtung unserer Muttersprache Gefallen finden.

Ernst Nobs.

Peter Merin, Spanien zwischen Tod und Geburt. (Jean-Christophe-Verlag, Zürich. 312 Seiten.)

Ein glänzendes Buch über das Spanien der Vergangenheit und das Spanien der Gegenwart. Spaniens größter Künstler, Francisco Goya, hat die unsäglichen Leiden des heutigen Spanien vorausgeahnt. Wie richtig er sie schildert, zeigen die seinen Zeichnungen gegenübergestellten Photographien aus den Tagen des Bürgerkrieges.

Felix Weltsch, Das Wagnis der Mitte. (Verlag Julius Kittls Nachfolger, M.-Ostrau. 174 Seiten.)

Hier unteruscht einer neben der Polarität des Lebens das weite Gebiet der Mitte. Das Problem Demokratie—Diktatur wird hier in durchaus neuer Betrachtungsweise und dabei mit einem Ernst und (bei aller